

Tropenwälder durch einen internationalen Fonds schützen

Fraktionsbeschluss 30. Juni 2009

Grüne Positionen

- Wir wollen die globale Entwaldung spätestens bis zum Jahr 2020 vollständig stoppen. Dazu bedarf es eine verlässliche, zusätzliche und angemessene Finanzierung für den Erhalt der Tropenwälder, die zusätzlich zu den Mitteln für die wirtschaftliche Zusammenarbeit erfolgt.
- Eine Einbeziehung des Tropenwaldschutzes in den Emissionshandel kann allenfalls in einem eng begrenzten Umfang erfolgen. Ansonsten würde die Gefahr einer zusätzlichen Zertifikatschwemme die Wirksamkeit des Emissionshandels als Klimaschutzinstrument massiv gefährden. Außerdem ist der Erhalt der Wälder weit mehr wert als der Preis für eine vermiedene Tonne CO₂ ausdrückt.
- Ein differenzierter Tropenwaldschutz ist nur als Fondslösung erreichbar. Denn anders als eine direkte Einbeziehung der Wälder in den Emissionshandel bietet einzig die Fondslösung die Möglichkeit einer verlässlichen und umweltverträglichen Finanzierung des Tropenwaldschutzes, die weitgehend unabhängig von Marktmechanismen erfolgt und mit der sich durch die Ausgestaltung notwendige und differenzierte Ziele umsetzen lassen.
- Den Tropenwaldschutz mit den internationalen Kohlenstoffmärkten zu verbinden, ist hinsichtlich einer gesicherten Finanzierung notwendig und sinnvoll. Ein Großteil des Waldfonds sollte daher aus den Versteigerungserlösen der Emissionszertifikate und aus der Versteigerung von Emissionserlaubnissen (norwegischer Vorschlag) gespeist werden.
- Die Mittel aus einem Waldfonds müssen nach klaren umwelt- und naturverträglichen sowie sozialen Kriterien verteilt werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Leistungen, aufgrund derer Geldzahlungen geleistet beziehungsweise Emissionsreduktionszertifikate ausgestellt werden, messbar und verifizierbar sind. Die Ausschüttung der Mittel muss in Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Schwellenländern nach deren Bedürfnissen erfolgen. Die Vergabe der Gelder an die Empfängerländer soll deshalb aus unserer Sicht durch ein Kontrollgremium wahrgenommen werden, welches an das United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) angegliedert ist.

1. Der Wald - unverzichtbarer Klimaschützer und Lebensspender

Wälder sind Klimaschützer. Ihre Fähigkeit Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu binden wirkt dem Klimawandel entgegen. Dabei handelt es sich um eine der am schnellsten wirksamen und kostengünstigsten Formen des Klimaschutzes. Intakte Ökosysteme, insbesondere Wälder, aber auch Moore, Böden und die Ozeane wirken als natürliche Kohlenstoff-Senken, die der Atmosphäre Treibhausgase wie CO₂ entziehen und sie mittel- bis langfristig binden. Wälder sind jedoch sehr viel mehr als natürliche Kohlenstoffspeicher: Sie sind große Klimaanlage, die Sonnenenergie in Wasserdampf verwandeln. Insbesondere die Tropenwälder beeinflussen damit auch die Niederschläge in den mittleren Breiten nördlich und südlich des Äquators.

Vor allem sind Wälder Lebensräume für Mensch und Tier. Tropische Regenwälder gehören zu den so genannten „Hotspots“ der biologischen Vielfalt. Obwohl nur sieben Prozent der eisfreien

Landmassen von tropischen Regenwäldern bedeckt sind, finden sich hier 90 Prozent der bekannten Tier- und Pflanzenarten. Die größten noch intakten tropischen Wälder gibt es in Amazonien, im Kongo-Becken und im indo-malayischen Raum (Indonesien, Malaysia, Papua-Neuguinea). Die lokale und indigene Bevölkerung in den Tropenwäldern lebt von dem Naturreichtum der Wälder und schützt sie oftmals durch ihre ressourcenschonende Nutzung. Die Vielfalt der Pflanzen und Tiere bildet die Basis, um ihre Existenz und Gesundheit zu schützen. Aber auch für uns bilden die tropischen Regenwälder mit ihren ökosystemaren Leistungen und ihrer genetischen Vielfalt, die wir z.B. in Medizin und Landwirtschaft nutzen, eine unverzichtbare Ressource.

2. Die Wälder der Erde sind massiv bedroht

Trotz ihrer besonderen Funktion sind die Wälder unserer Erde massiv bedroht. Noch immer werden Wälder rücksichtslos ausgebeutet und gerodet. Der größte Teil der Waldzerstörung geht auf die landwirtschaftliche Nutzung zurück. Edelholz- und Zuckerrohrplantagen, Sojaanbau und Weidelandgewinnung sowie der illegale Holzeinschlag vernichten pro Minute weitweit eine Urwaldfläche von knapp 35 Fußballfeldern. Bereits die Hälfte des Tropenwaldes ist durch Brandrodung oder Holzeinschlag vernichtet. Das in Tropenwäldern gespeicherte CO₂ entspricht ungefähr den Weltemissionen von 50 Jahren. Durch die weltweite Waldzerstörung von 13-15 Millionen Hektar Wald werden pro Jahr Treibhausgase im Umfang der gesamten US-Emissionen freigesetzt. Und in Ländern wie Brasilien und Indonesien sind Entwaldung und Waldschädigung für bis zu 50 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Andererseits gefährdet der beschleunigte Klimawandel die Wälder. Experten des UN-Klimarates IPCC warnten unlängst davor, dass die tropischen Regenwälder als Folge der Erderwärmung austrocknen und durch Waldbrände zerstört werden könnten.

Eine weitere Bedrohung der Tropenwälder liegt darin, dass unter ihnen häufig Erdöl, Erdgas oder mineralische Rohstoffe vorhanden sind. Explorationsmaßnahmen und letztendlich die Ausbeutung dieser Rohstoffe führen zu einer Zerstörung des Lebensraumes Tropenwald, z.B. im Kongobecken und im Amazonas. Daher unterstützen wir Initiativen wie die ITT-Yasuni-Initiative Ecuadors: Die ecuadorianische Regierung schlägt vor, die unter dem Yasuni-Nationalpark befindlichen Erdölreserven nicht zu fördern, wenn die internationale Gemeinschaft einen Ausgleich für die entgangenen Gewinne zahlt.

3. Gravierende Folgen durch die fortschreitende Entwaldung

Durch die Rodung der Urwälder werden wertvolle Ökosysteme zerstört und somit ihrer Funktion als natürliche Kohlenstoffspeicher beraubt. Die Funktion und die Leistung eines gesunden und vielfältigen Ökosystems bildet aber die Grundlage für menschliches Leben und für die Überwindung von Armut. Dass der Verlust von Arten und biologischer Vielfalt unwiederbringlich ist, ist Grund genug, für den Erhalt jeder Spezies zu kämpfen. Gleichzeitig nehmen die sogenannten Ökosystemdienstleistungen ab, wie z.B. die Bereitstellung sauberer Luft, die Fruchtbarkeit der Böden, die Sicherung der Ernährung und die Regulierung des Wasserhaushalts und des Klimas. Lebensräume wie Wälder, Sümpfe und Korallenriffe binden nicht nur enorme Mengen an CO₂ und regulieren auf natürliche Weise unser Klima. Als Folge der Zerstörung dieser natürlichen CO₂-Speicher und -Senken werden außer enormen Mengen an CO₂, auch Lachgas und Methan in die Atmosphäre freigesetzt. Allein die Entwaldung und Waldschädigung tragen zu zirka 20 Prozent zu den von Menschen produzierten Treibhausgasen bei. Das ist mehr als die Belastungen durch den weltweiten Verkehr.

4. Anreizstrukturen für den internationalen Waldschutz

Um die Wälder wirksamen zu schützen, ist es unerlässlich, die Ursachen für die Entwaldung an der Wurzel anzupacken. Dabei gilt es einerseits, die soziale und wirtschaftliche Situation in den Tropenwaldländern zu beachten. Beim Kampf gegen die Entwaldung muss bedacht werden, dass die Regierungen der Tropenwaldländer durch Außenhandelspolitik, Kreditpolitik, Subventionen, und Ausbau der Infrastruktur die Ursachen für die Entwaldung mit verantworten. Aber auch wir in Europa tragen eine maßgebliche politische Verantwortung für die hohen Entwaldungsraten. Durch unseren Konsum und die erhöhte Nachfrage nach Soja- und Fleischimporten aus den Tropenwaldländern in die EU sowie durch die entsprechenden handelspolitischen Entscheidungen in Europa tragen wir zur Umwandlung von Urwäldern in landwirtschaftlich genutzte Fläche bei. Allerdings verändern sich durch wachsende Einkommen in China und Indien sowie anderen Schwellenländern verändern die dortigen Ernährungsgewohnheiten, mit dem Ergebnis, dass mehr Fleisch gegessen wird. Auch dies bewirkt eine Ausweitung der Futtermittelproduktion und der Viehzucht in die Tropenwälder hinein.

Anreizstrukturen für einen konsequenten Tropenwaldschutz müssen diese komplexen Sachverhalte mit einbeziehen. So reicht es nicht, die Forstbehörden, Naturschutzbehörden und Umweltorganisationen in walddreichen Entwicklungsländern beim Kampf gegen die Entwaldung technisch und finanziell zu unterstützen. Vor allem müssen für die Menschen vor Ort wirtschaftliche Einkommens- und Entwicklungsperspektiven geschaffen werden. Zu diesem Zweck muss die vermiedene Entwaldung in Tropenwaldländern kompensiert werden. Nicholas Stern spricht von jährlich 15 Milliarden US-Dollar. Nichtregierungsorganisationen schätzen die Kosten für den internationalen Waldschutz auf ca. 30 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Wichtig ist in diesem Zusammenhang ist, dass die finanzielle Kompensation des weltweiten Waldschutzes einer der kostengünstigsten Wege ist, um zum Klimaschutz beizutragen. Dies belegen der Stern Report (2006) und der von der britischen Regierung erst kürzlich vorgelegte Elisch Review „Climate Change: Financing Global Forests“ (2008).

5. Von der Bundesregierung bislang nur Ankündigungen

Die Bundesrepublik muss konkrete zusätzliche Mittel bereit stellen und den deutschen Anteil an den internationalen Finanzierungsmechanismen sichtbar machen. Nur so kann sie Vertrauen für eine internationale Allianz zum Schutz des Tropenwaldes schaffen. Bislang hat sich die Bundesregierung vor allem mit Ankündigungen hervorgetan. So hat die Bundeskanzlerin versprochen, von 2009 bis 2012 insgesamt 500 Millionen Euro und danach jährlich 500 Millionen Euro für den internationalen Waldschutz bereitzustellen. Außerdem hat die Bundeskanzlerin auf dem G8-Gipfel in Japan (2008) einen deutschen Beitrag von 500 Millionen US-Dollar für den Climate Investment Fund der Weltbank zugesagt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die zugesagten Gelder auch tatsächlich fließen und nicht mit der Begründung klammer öffentlicher Kassen auf unbestimmte Zeit verschoben werden (Drs. Nr. 16/11301). Die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit auf dem internationalen Parkett gern generös gezeigt und Zahlungen in der Zukunft versprochen. Leider haben sich die öffentlichkeitswirksamen Versprechen der Regierung oft genug als "Versprecher" entpuppt. Bislang sind auch die zusätzlichen für den Waldschutz versprochenen Gelder noch nicht geflossen.

6. Neue Finanzierungsmechanismen – REDD

Auf der Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 wurde vereinbart, finanzielle Anreizstrukturen für einen effizienten Waldschutz zu entwickeln. Entwicklungs- und Schwellenländer, die ihren Wald erhalten, sollen einen finanziellen Ausgleich für die entgangenen Einnahmen aus der Nutzung des Waldes bekommen. Klar ist, dass ein effektiver Waldschutz nur gelingen wird, wenn es ökonomisch vernünftiger und lukrativer ist, den Wald zu erhalten, als ihn abzuholzen. Über Pilotprogramme in Tropenwaldländern sollte bis zur Klima-Vertragsstaatenkonferenz Ende 2009 in Kopenhagen ein System für einen effizienten Waldschutz im Rahmen eines Kyoto-Plus-Regimes erarbeitet werden. Die Ziele und Maßnahmen eines angemessenen und wirksamen Systems für Anreizstrukturen und Finanzierungsmechanismen zur vermiedenen Entwaldung werden unter der UN-Initiative „reduced emissions from deforestation and forest degradation (REDD)“ diskutiert. Um REDD zum Erfolg zu bringen, ist ein Finanzierungssystem erforderlich, dem walddreiche Entwicklungs- und Schwellenländern vertrauen, das transparent und partizipativ ist. Dafür wäre sowohl eine Fondslösung, wie von Brasilien vorgeschlagen, als auch die Einbeziehung des Waldschutzes in den Emissionshandel möglich. Für letzteres spricht sich die sogenannte Rainforest Coalition aus. Sie besteht aus 15 Entwicklungsländern, in denen es Tropenwälder gibt. Auch eine Kombination aus beiden Ansätzen wird diskutiert. So bezieht zum Beispiel das Klimagesetz, das gerade vom US-Kongress beraten wird, Waldschutzprojekte in den Emissionshandel ein und stellt zusätzlich Erlöse aus der Auktionierung von Emissionszertifikaten für den internationalen Waldschutz zur Verfügung.

7. Herausforderungen von REDD

Neben der Diskussion über einen geeigneten Finanzierungsmechanismus gilt es, vor allem methodische Herausforderungen zu bewältigen, um eine erfolgreiche Etablierung von REDD zu garantieren. Damit eine reduzierte Entwaldung als Emissionsvermeidung anerkannt werden kann, müssen Vergleichswerte festgelegt werden, wie z.B. die durchschnittliche Entwaldungsrate in den 1980er oder 1990er Jahren. Zusätzlich müssen zuverlässige Monitoringsysteme sowohl für die Zerstörung als auch für die Degradierung von Wäldern etabliert werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang ist die Definition von „Wald“. Hier müssen Kriterien geschaffen werden, die eine Förderung von Plantagenwäldern ausschließt, und natürliche und vor allem Primärwälder bevorzugt. Es muss Kohärenz zwischen den nationalen Zielen und Strategien der Empfängerländer im Bereich Waldschutz und Biodiversität und der international vereinbarten Definition von Wald hergestellt werden.

Ein weiteres Problem bei Waldprojekten ist der so genannte „Leakage-Effekt“. Das heißt, Holzkonzerne könnten einige Wälder aus Klimaschutzgründen stehen lassen, dafür aber an anderen Orten umso heftiger einschlagen. Zudem besteht die Gefahr, dass Urwälder abgeholzt werden und die Flächen anschließend mit Eukalyptusplantagen oder anderen standortfremden Bäumen „aufgeforstet“ werden. Die Gefahr, eine solche Naturzerstörung noch mit Klimagutschriften zu belohnen, zeigt die Grenzen des Prinzips. Eine unabdingbare Voraussetzung von REDD ist es, die lokale Bevölkerung, besonders indigene Völker und Kleinbauern, einzubinden. In einigen Fällen kann es notwendig werden, Landbesitzrechte und -pflichten zu überarbeiten. Zudem müssen solide, glaubhafte und hohe ökologische und soziale Standards für waldbezogene Kompensationsprojekte verpflichtend sein, zumal die Nachfrage nach Projekten das Angebot inzwischen bei weitem übersteigt. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es Grundvoraussetzung, dass

REDD neben dem Klimaschutz zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Überwindung der Armut beiträgt.

8. Wald im Emissionshandel – ein Risiko für den Klimaschutz

Um das 2°-Ziel zu erreichen, müssen nach Berechnungen des Weltklimarates (IPCC) die Industrieländer ihre heimischen Emissionen bis 2020 um 25-40 Prozent und bis 2050 um 80-95 Prozent gegenüber 1990 senken. Die Einbindung des Waldschutzes in das internationale Klimaregime darf deshalb nicht dazu führen, dass sich die Industrieländer klimapolitisch freikaufen und es unterlassen, die notwendigen industriepolitischen Weichen für den heimischen Klimaschutz zu stellen. Dass diese Gefahr bei einer Verknüpfung von Waldschutz und Emissionshandel real ist, zeigt die Diskussion in den Vereinigten Staaten: Das vorgeschlagene Klimagesetz erlaubt im Rahmen des Emissionshandels Waldschutzprojekte in einem Umfang von bis zu 1 Milliarde Tonnen CO₂. Praktisch bedeutet dies, dass die gesamten bis 2020 vorgesehenen Emissionsminderungen durch Waldprojekte im Ausland erbracht werden könnten.

Um die Integrität des Emissionshandels und seine Wirksamkeit als Klimaschutzinstrument nicht zu gefährden, kann der Waldschutz daher allenfalls in eng begrenztem Umfang einbezogen werden. Sie müsste außerdem mit ergänzenden Regelungen zum Naturschutz und einem entsprechenden höheren Gesamtreduktionsziel einhergehen, um den Druck zur klimapolitisch notwendigen industriellen Modernisierung in den Industrieländern aufrecht zu erhalten. Ein Allheilmittel für den Waldschutz ist der Emissionshandel auf keinen Fall: Denn Wälder sind weit mehr als Kohlenstoffsinken, ihr Erhalt ist mehr wert, als der Preis für die vermiedene Tonne CO₂ ausdrückt. Sie sind der Lebensraum von Millionen von Menschen, von Kulturen und Sprachen. Diesen Reichtum gilt es zu erhalten. Waldschutz ist also der Schutz von Klima, von Biodiversität und von Kulturen. Deshalb wäre es fahrlässig den Waldschutz allein dem Spiel der Kohlenstoffmärkte zu überlassen.

9. Grünes Ziel: Stopp der Entwaldung bis spätestens 2020

Bündnis 90 / Die Grünen wollen die globale Entwaldung spätestens bis zum Jahr 2020 vollständig stoppen. Dafür ist eine enge und ernsthafte Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Schwellenländern genauso unerlässlich, wie eine verlässliche, zusätzliche und angemessene Finanzierung für den Erhalt der Tropenwälder. Diese Finanzierung muss zusätzlich zu den Mitteln für die wirtschaftliche Zusammenarbeit erfolgen, und darf auf die versprochene Anhebung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens nicht angerechnet werden. Die walddreichen Entwicklungs- und Schwellenländer sind ihrerseits als Empfänger möglicher Zahlungen aufgefordert, durch nationale Zielsetzungen und politische Initiativen das Ziel, die Entwaldung bis 2020 zu stoppen, in ihrer Politik zu verankern (z.B. durch übersektorale Strategien, Reformen der Waldgesetzte, Korruptionsbekämpfung etc.).

10. Ein internationaler Waldschutzfonds als Lösung

Ein wirksames internationales Instrument zum Tropenwaldschutz muss aus grüner Sicht eine Reihe von Kriterien erfüllen, um die Treibhausgasemissionen wirksam zu senken, neue zu vermeiden und sowohl bei den Industrie- als auch bei den Entwicklungs- und Schwellenländern auf die notwendige internationale Akzeptanz zu stoßen.

Berücksichtigung unterschiedlicher Länder mit verschiedenen Entwaldungsraten

Ein Instrument zum Tropenwaldschutz muss gleichzeitig Lösungen für verschiedene Länder mit unterschiedlichen Entwaldungsraten bieten, um möglichst zeitnah auch Ergebnisse erzielen zu können. In Brasilien und Indonesien stammen fast 50 Prozent der CO₂-Emissionen aus der Entwaldung. Das Instrument muss aber auch für Länder mit vergleichsweise geringen Entwaldungsraten langfristig kompatibel sein, um auch dort einer zukünftigen Entwaldung entgegen zu wirken. Deshalb dürfen insbesondere die walddreichen Länder auf dem afrikanischen Kontinent nicht ausgeschlossen werden.

Anerkennung bereits erbrachter Leistungen zum Waldschutz

Bei einem finanziellen Ausgleich müssen neben den unterschiedlichen Entwaldungsraten unterschiedliche Erfahrungen und Fortschritte verschiedener Tropenwaldländer beim Kampf gegen die Entwaldung mit einbezogen und honoriert werden. Brasilien z.B. engagiert sich seit langem stark im Kampf gegen die Entwaldung und konnte einige Erfolge erzielen. Die Etablierung des Amazonas-Fonds und erste Fortschritte beim Monitoring zählen zu diesen Erfolgen, die es zu unterstützen gilt. Andere Tropenwaldländer müssen sowohl durch finanzielle Transfers als auch durch einen Wissens- und Technologietransfer in die Lage versetzt werden, die notwendigen Strukturen im Land zu schaffen, um an REDD teilhaben zu können.

Einbindung aller Akteure vor Ort, insbesondere der indigenen Völker

Grundsätzlich muss der politische Rahmen für einen effizienten Tropenwaldschutz auf transparente und partizipative Art erarbeitet werden. Partizipativ heißt nicht nur, dass die Regierungen der Tropenwaldländer eine entscheidende Rolle bei der Ausgestaltung von REDD spielen müssen. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen und die Menschen, die im und vom Wald leben, müssen einbezogen werden und eine starke Stimme erhalten. Dies gilt vor allem für indigene Völker. Ebenso muss die gemeinsame Erklärung zu den Rechten indigener Volksgruppen der UN Berücksichtigung finden.

Nutzung der bisherigen Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit

Schließlich heißt partizipativ auch, dass bilaterale Institutionen, die über lange Jahre wertvolle Erfahrungen im Waldschutz gesammelt haben, wie z.B. die KfW und gtz, an der konzeptionellen Entwicklung und an der operativen Umsetzung der Programme der „Vermeidung von Entwaldung“ beteiligt werden. Gerade die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat im internationalen Waldschutz seit der Rio-Konferenz von 1992 viel erreicht. Sie hat das Pilotprogramm zum Schutze des Amazonaswaldes der G7 (PPG7) voran gebracht. Diese wertvollen Erfahrungen müssen für den Waldschutz als Klimaschutz fruchtbar gemacht werden.

Synergien von Waldschutz, Biodiversität und Überwindung der Armut nutzen

Es gilt, die notwendigen Synergien zwischen dem Klima- und Biodiversitätsschutz und der Überwindung der Armut sicherzustellen. Deshalb ist eine enge Kooperation zwischen dem UN-Waldforum (UNFF), dem Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD), dem UN-Übereinkommen über Feuchtgebiete (RAMSAR), der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) sowie dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) und anderer Entwicklungsorganisationen erforderlich.

Differenzierter Waldschutz nur als Fondslösung erreichbar

Anders als eine direkte Einbeziehung der Wälder in den Emissionshandel bietet eine Fondslösung die Möglichkeit einer verlässlichen und umweltverträglichen Finanzierung des Tropen- und Urwaldschutzes, die weitgehend unabhängig von Marktmechanismen erfolgt und mit der sich durch die Ausgestaltung notwendige und zuvor beschriebenen differenzierte Ziele umsetzen lassen. Entscheidend für den Erfolg einer Fondslösung ist allerdings, dass eine verlässliche Finanzierung erfolgt, bei der die Industrieländer die Mittel weitgehend unabhängige von ihren Haushalten aufbringen. Ein internationaler Waldschutzfonds muss nach unseren Vorstellungen nach den nachfolgend genannten Kriterien ausgestaltet werden um die notwendige Wirksamkeit zu entfalten.

11. Ausgestaltung eines internationalen Waldschutzfonds

Gesicherte Finanzierung durch Verbindung mit dem Emissionshandel

Die EU muss in den Vorverhandlungen zu Kopenhagen und auf der Klimakonferenz im Dezember 2009 in der Höhe angemessene Mittel für die dauerhafte Finanzierung von internationalen und nationalen Maßnahmen zum Erhalt natürlicher Kohlenstoffspeicher wie Wäldern, Mooren und Meeren verbindlich bereitstellen. Hier ist die Verbindung zu den internationalen Kohlenstoffmärkten notwendig und sinnvoll, indem ein Teil des Waldfonds aus den Versteigerungserlösen der Emissionszertifikate gespeist wird. Die EU-Kommission z.B. hat vorgeschlagen, nach 2012 einen Teil der erwarteten Einnahmen von jährlich 50 Milliarden Euro aus der Auktionierung der Emissionsrechte für den internationalen Waldschutz zu verwenden. Wir unterstützen diesen Ansatz und setzen uns dafür ein, dass die Mitgliedsstaaten der EU als einen Teil ihrer Anstrengungen zum internationalen Klimaschutz dauerhaft mindestens 20 bis 25 Prozent der Emissionserlöse für den Tropenwaldschutz reservieren. Ziel der Verhandlungen in Kopenhagen muss es sein, einen verlässlichen Finanzierungsmechanismus zu schaffen, der alle Industrieländer zu Zahlungen verpflichtet. Der Finanzierungsvorschlag Norwegens kann die Basis für eine Einigung zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sein, der zudem unabhängig von den nationalen Haushalten wäre.

Ausschüttung der Mittel nach umwelt- und naturverträglichen sowie sozialen Kriterien

Die Fondsmittel müssen nach klaren umwelt- und naturverträglichen sowie sozialen Kriterien verteilt werden. Eine Förderung von gentechnisch veränderten Bäumen zum Beispiel würde diesen Kriterien nicht gerecht. Es gibt keinen wissenschaftlichen Nachweis, dass gentechnisch veränderte Bäume besonders gut – im Vergleich zu konventionell gezüchteten Bäumen – für CO₂-Speicher oder -Senken geeignet wären. Stattdessen bergen gentechnisch veränderte Bäume unter anderem durch das hohe Auskreuzungspotenzial zusätzliche große Risiken für die Biodiversität, auf die das Büro für Technikfolgenabschätzung in dem Bericht „Gentechnisch veränderte Pflanzen der 2. und 3. Generation“ (Drs.-Nr. 16/1211) hingewiesen hat.

Es muss zudem sichergestellt werden, dass die Leistungen, aufgrund derer Geldzahlungen geleistet beziehungsweise Emissionsreduktionszertifikate ausgestellt werden, messbar und verifizierbar sind. Dazu müssen ein verbindliches und verifizierbares Monitoringsystem sowie effektive Kontrollmechanismen etabliert werden. Der Rückgang der Entwaldung sollte dabei nicht auf lokaler, sondern auf nationaler Ebene gemessen werden und international kontrollierbar sein.

Die Vergabe der Gelder an die Empfängerländer soll aus unserer Sicht durch ein Kontrollgremium wahrgenommen werden, welches an das UNFCCC angegliedert ist. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es von zentraler Wichtigkeit, dass die Ausschüttung der Mittel in Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Schwellenländern und nach deren jeweiligen Bedürfnissen erfolgt. In diesem Gremium sollen – ähnlich wie beim Amazonas-Fonds – alle wichtigen Akteure der Entwicklungs- und Schwellenländern aber auch der Industriestaaten sowie Vertreter der indigenen Bevölkerung und Zivilgesellschaft Mitspracherecht haben. Die Gelder sollten dann anhand der vereinbarten Kriterien vergeben werden.

Als Kontrollmechanismus sollte das Gremium eine Erfolgskontrolle durchführen und mit Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet werden. Denkbar wäre hier, dass Gelder nicht ausgezahlt werden, wenn die Entwaldungsrate nicht innerhalb der vorgegebene Zeit gesunken ist. Auch für den Fall, dass die Maßnahmen zum Waldschutz von dem jeweiligen betroffenen Land selbst entwickelt und geleitet werden, sollten sie von der Internationalen Gemeinschaft finanziell, organisatorisch und durch den Aufbau von Kapazitäten stark unterstützt werden, da die gesamte Staatengemeinschaft davon profitiert.

12. Keine Entlassung der Industrieländer aus der Verantwortung für ihre eigenen Wälder

Die Industrieländer haben die Verpflichtung auch im eigenen Land effektiven Waldschutz zu betreiben, um auch hier positive Signale für die Entwicklungs- und Schwellenländer zu setzen. Auch Kanada und Russland haben einen Reichtum an Urwäldern, die es zu schützen gilt. Aber selbst in Deutschland ist der Wald gefährdet, wie die alljährlichen Waldzustandberichte dokumentieren. Der Klimawandel und der anhaltend hohe Stickstoffeintrag aus der Luft verändern den Wald, während die Holznachfrage steigt. Um die Nachfrage nach Holz dauerhaft zu decken sowie die biologische Vielfalt zu erhalten und auch für den nationalen Klimaschutz brauchen wir arten- und strukturreiche, naturnahe und gesunde Wälder. Durch eine ressourcenschonende Nutzung und den flächendeckenden Schutz besonders wertvoller Wälder, wie beispielsweise der Buchenwälder, kann die natürliche Kohlendioxidspeicherung erhöht werden. Die Standards der Nationalen Biodiversitätsstrategie müssen den Waldbesitzern vermittelt und durchgesetzt werden. Bündnis 90/Die Grünen fordern seit langem die überfällige Novellierung des Bundeswaldgesetzes, die die gesetzlichen Regelungen für den Waldbau und die Waldbewirtschaftung an die aktuellen Herausforderungen anpasst und gesunde Wälder auch für unsere nachfolgenden Generationen sicherstellt.